

# Soziale Kohäsion hier und jetzt verstärken

Autor(en): **Ackermann, Ewald**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **3 (2002)**

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833079>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## SOZIALE KOHÄSION HIER UND JETZT VERSTÄRKEN

Ewald Ackermann

Im kühnen Sprung die Konstituanten einer sozialen Kohäsion in der Schweiz des Jahres 2020 zu zeichnen – es wäre verlockend. Wer wie die Gewerkschaften Zukunft sozialer gestalten will, startet aber mit Vorteil in einer Gegenwart, die allzu vielen neoliberalen Müll aufgetürmt hat. Ihn zu überwinden, fordert weniger die soziale Utopie als vielmehr den Willen zur Tatkraft. Im Folgenden seien deshalb einige Massnahmen erwähnt, die es aus gewerkschaftlicher Sicht umzusetzen gilt, wenn soziale Kohäsion hier und jetzt gefördert werden soll.

### Sozialversicherungen: Gezielter Ausbau

Die Sozialversicherungen sind in den schwierigen 90er Jahren zu Unrecht dauernd diffamiert worden. Sozialdarwinisten und Vertreter der reinen Marktlehre haben demografische Ängste hochgezüchtet, haben unbeirrbar den finanziellen Kollaps der Sozialversicherungen prophezeit und so Ideologie und Praxis des Sozialabbaus salonfähig gemacht.

Wirklichkeit ist, dass die Renten von *AHV und IV* nicht erfüllen, was sie gemäss Verfassung müssten: Den Existenzbedarf angemessen zu decken. Bedingt durch den Mischindex hinken die Renten immer mehr den Löhnen hinterher. Die Lebenslage der Rentnerinnen und Rentner mit unteren und mittleren Einkommen hat sich auch dadurch verschlechtert. Verlangt ist deshalb eine substantielle Erhöhung der AHV-Renten mit dem Ziel der Existenzsicherung – und im Bereich der AHV-Frühpensionierung eine soziale Abfederung, die einen Ruhestand 62 nicht nur den Privilegierten vorbehält.

Die lange Krise der 90er Jahre hat aber auch *jungen Familien* zugesetzt. Neben einer Verbesserung und Vereinheitlichung der Kinderzulagen ist hier insbesondere auf Vollbeschäftigung und bessere Löhne (siehe unten) zu zielen.

In der *Krankenversicherung* sind die unsozialen Kopfprämien durch ein System zu ersetzen, das der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen

Rechnung trägt. Die *Arbeitslosenversicherung* hat auch in wirtschaftlich ungunstigen Zeiten weiterhin ein engmaschiges Sicherheitsnetz zu bieten.

### **Mehr soziale Kohäsion in der Arbeitswelt**

Zu eng griffe eine Sicht, in der das Ziel vermehrter sozialer Kohäsion nur den Sozialversicherungen als dem zweifellos nötigen und auszubauenden Korrektiv gegenüber der wirtschaftlichen Primärverteilung aufgebürdet würde. Die Gewerkschaften wollen eine bessere soziale Kohäsion vor allem auch da erreichen, wo der soziale Status den Menschen primär zugewiesen wird: In der Arbeitswelt. Dazu einige Anstöße.

Statt die *Löhne* dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, setzen die Gewerkschaften auf deren kollektive Aushandlung. Eine Herausforderung dieses Programms besteht darin, dass würdige Mindestlöhne in allen Branchen festzulegen sind. Die Kampagne, die unter dem griffigen Slogan «mindestens 13 x 3000.- netto» in jüngster Vergangenheit einige Erfolge eingefahren hat, ist deshalb weiter zu führen. Mindestlöhne, nicht nur in den Tiefstlohnbereichen, sind durchzusetzen und an die allgemeine Lohnentwicklung anzupassen. Zum zweiten ist der zunehmende Individualismus in der Lohngestaltung zurück zu drängen. Wo Leistungslohn und Boni nicht zu verhindern sind, sind sie wenigstens in engen Grenzen sowie transparent und beeinflussbar zu halten. Diese Massnahmen wirken der Einkommensspreizung entgegen.

Das Mittel dazu? – Der *Gesamtarbeitsvertrag (GAV)*. GAV sollen auch in Branchen und Segmente (Teilzeit- und Temporärarbeit, Aussenseiterfirmen) ausgedehnt werden, die sich bisher einer solchen Regelung der Arbeit entzogen. Die Regulierung der Arbeitswelt per GAV zielt gleichzeitig auch auf die partizipative Gestaltung der Arbeitswelt – und damit auf einen Abbau von Fremdbestimmung, was wiederum nichts anderes als gesteigerte individuelle Erfahrung sozialer Kohäsion bedeutet. Um diesen Willen einer per GAV geregelten Arbeitswelt zu stärken, ist auch der Staat herausgefordert: Durch vermehrte Allgemeinverbindlich-Erklärung von GAV, durch flankierende Massnahmen, die sicherstellen, dass keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen gehen, die sich GAV entziehen. Der gleiche Grundsatz soll für Subventionen, Konzessionen, steuerliche Begünstigungen und auch bei der Exportrisikogarantie gelten.



Ein solches Programm bedingt aber, will es nicht blosser Ausdruck des bisher mit ungleichen Spiessen ausgefochtenen Verteilungskampfes bleiben, *mehr Rechte für die Arbeitenden*. Damit geht einher, was durch die Grundrechte zwar gegeben, in der Praxis aber allzu häufig noch nicht der Fall ist: Dass den Gewerkschaften garantiert ist, am Arbeitsplatz selbst wirken zu können, dass die Arbeitnehmer-Vertreterinnen und -Vertreter am Arbeitsplatz selbst besser gegen Repression geschützt sind. Um ein Recht auf kollektive Verhandlung durchzusetzen, soll eine staatliche Koordinationsstelle geschaffen werden, die GAV-Verhandlungen fördert; eine Aufgabe, die den neu gebildeten tripartiten Kommissionen zu übertragen wäre. Griffiger auszugestalten wäre schliesslich das Mitwirkungsrecht bei Massenentlassungen, gesetzlich festzulegen die Pflicht zum Abschluss von Sozialplänen.

Diese kleine Auswahl aus einer eigentlichen arbeitsrechtlichen Offensive, der sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) stellen will, zeigt eines: Dass der herrschaftsfreie Dialog, der nötig ist, wenn unter Beteiligung möglichst aller direkt Betroffenen die Regulierung der Arbeitswelt in einer Perspektive der sozialen Kohäsion voran getrieben werden soll, noch ins Reich der sozialen Phantasie gehört. Die Geschichte lehrt indessen, dass auch Phantasien Triebfeder realer Gestaltung sind...

### **Service public erhalten**

Soziale Kohäsion definiert sich auch durch die öffentlichen Dienstleistungen, zu denen die einzelnen einen möglichst direkten und billigen Zugang haben müssen. Die Gewerkschaften wehren sich deshalb gegen weitere Liberalisierungs- und Privatisierungsexperimente beim Service public. Sie wollen das öffentliche Eigentum erhalten, die öffentlichen Betriebe stärken, Rosinenpickerei den Riegel schieben. Alles andere bedeutet einen Abbau sozialer Kohäsion, der sich hier vor allem auch regional ausdrücken dürfte. Konkret:

- Öffentlicher Verkehr: Das System darf nicht auseinander gerissen werden; keine Trennung von Infrastruktur und Verkehr.
- Post: Keine weiteren Eingriffe an der Grundversorgung und am Monopol.
- Telecom: Die «letzte Meile» wird nicht geöffnet – der Bund behält seine Mehrheit an der Swisscom.

- Strom: Die öffentlich kontrollierten Monopole sind zu bewahren.
- Gas und Wasser: Jegliche Liberalisierung ist zu bekämpfen (insbesondere die entsprechenden WTO/GATS-Offensiven).

### **Bildung: Soziale Integration erhöhen**

Über den Zugang zur und die Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt entscheidet – nicht allein, aber in hohem Ausmass – der Grad angeeigneter Bildung. Im Hinblick auf ein Mehr an sozialer Kohäsion hat Bildung deshalb die sozialen Unterschiede abzubauen, sie hat soziale Integration und Chancengleichheit zu fördern. Der SGB fordert deshalb einen Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung und die Stärkung der Volksschule. Der kulturellen und sprachlichen Integration immigrierter Kinder, aber auch dem Erfordernis nach Mehrsprachigkeit generell soll vermehrt Beachtung geschenkt werden. In der Berufsbildung ist dafür zu sorgen, dass für alle Schulentlassenen eine gute Lehrstelle zur Verfügung steht. Die Umsetzung dieses Anspruchs verlangt, dass Trittbrettfirmen an der Ausbildung beteiligt werden – gemäss dem Grundsatz «wer nicht ausbildet, der zahlt!». Im Bereich der beruflichen Weiterbildung soll ein per Gesetz garantierter bezahlter Weiterbildungsurlaub von fünf Tagen pro Jahr den Fakt korrigieren, dass berufliche Weiterbildung nicht nur vor allem den bereits gut Ausgebildeten, den Kadern, zugute kommt, was wiederum die soziale Spaltung der Beschäftigten vergrössert.

Die SGB-Gewerkschaften, die an ihrem Kongress Ende Oktober 2002 ein Programm verabschiedet haben, das der vorliegende Beitrag skizziert, sind nicht nur überzeugt davon, dass diese Massnahmen die soziale Kohäsion in unserem Land verstärken. Sie sind auch bereit, dafür einzustehen.